

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

November 1985

Evangelische Verantwortung

Heft 11/1985

Kirchen nehmen sich in die Pflicht

– Zum Gemeinsamen Wort der Evangelischen Kirche in Deutschland
und der Bischofskonferenz zur Arbeitslosigkeit –

Albrecht Martin

Zum Gemeinsamen Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Bischofskonferenz zur Arbeitslosigkeit nahm der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Minister Albrecht Martin, Stellung:

Das Gemeinsame Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur Arbeitslosigkeit ist ein wichtiger Beitrag bei dem Bemühen, alle gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu sammeln. Dabei ist besonders anzuerkennen, daß die Kirchen sich nicht auf allgemeine Formulierungen und Forderungen beschränken, sondern konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Beschäftigungslage in die Diskussion einbringen. Ich begrüße es, daß sich die Kirchen selbst noch einmal ausdrücklich in die Pflicht nehmen, die Anstrengungen der arbeitsmarktpolitisch relevanten Entscheidungsträger auch mit eigenen Maßnahmen zu unterstützen. Dabei ist vor allem der in dem Papier zum Ausdruck kommende Ansatz wichtig, daß Christen im Rahmen ihrer tätigen Solidarität auch den seelsorgerlichen Auftrag im Dienst an den Betroffenen sehr ernst nehmen.

Zwar ist es verständlich und aus der Sicht der Kirchen notwendig, daß das Papier über ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft hinaus sich nicht mit bestimmten wirtschaftspolitischen Programmen identifiziert. Dennoch stelle ich mit Genugtuung fest, daß insbesondere auch solche Maßnahmen genannt werden, die den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen der Unionsparteien entsprechen. Die Idee, daß durch eine flexible Arbeitszeitgestaltung und durch Arbeitsumverteilung, wie aber auch durch

die Qualifikation von Arbeitnehmern einem Teil der Arbeitslosen zu einer Beschäftigung verholfen werden kann, ist fester Bestandteil der Politik der CDU und CSU.



Albrecht Martin – EAK-Bundesvorsitzender

Wengleich die Kirche aus ihrem Auftrag heraus nicht Partei zugunsten eines bestimmten wirtschaftspolitischen Programms ergreifen kann, gehört es doch zu ihren Aufgaben, die Bereitschaft des Menschen zur Veränderung zu wecken und dem Einzel-

nen dabei zu helfen, sich neuen Aufgaben zu stellen. Christlicher Haltung entspricht es, über den Tag hinaus zu denken. Beides ist unabdingbare Voraussetzung für eine auf langfristige Sicherung der Arbeitsplätze angelegte Wirtschaftspolitik.

Dokumentation:

Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Bischofskonferenz zur Arbeitslosigkeit

Seit Beginn der achtziger Jahre ist es das erklärte Ziel der politisch Verantwortlichen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Beschäftigungssituation zu verbessern und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Dennoch ist die Zahl der Arbeitslosen trotz vieler neugeschaffener Arbeitsplätze ständig angestiegen und stagniert auf einem hohen Niveau. Die Gefahr eines weiteren Einbruchs, falls die derzeit günstige Konjunktorentwicklung abflauen sollte, ist groß. Die hohe Arbeitslosigkeit und die bescheidenen Erfolge der bisherigen Bemühungen nähren bei manchen Zweifel an der sozialen Marktwirtschaft, die dem Ziel der Vollbeschäftigung verpflichtet ist. Dabei ist es wenig ermutigend, daß es auch in anderen Ländern nicht gelungen ist, die Arbeitslosigkeit einzudämmen.

Eine schnelle Beseitigung der Beschäftigungskrise ist nicht zu erwarten. Sich dieser schmerzlichen Erkenntnis zu stellen, gebietet die Wahrhaftigkeit. Es wäre unverantwortlich, in der Öffentlichkeit Hoffnungen zu wecken, denen Enttäuschungen folgen müssen. Notwendig ist nun, die Lage nüchtern und illusionslos einzuschätzen, zutreffende Orientierungen zu geben und jede nur mögliche Chance für die Verbesserung der Beschäftigungssituation zu nutzen.

1. Notwendige Weichenstellungen

Wenn es auch den raschen arbeitsmarktpolitischen Erfolg nicht geben wird, so bleibt dennoch geboten, jetzt die Weichen richtig zu stellen. Notwendige Entscheidungen sind in der Vergangenheit bedauerlicherweise durch Rücksichtnahme auf Tabus bei allen Beteiligten vielfach verhindert worden.

a) Geboten ist, eine noch stärker **beschäftigungsorientierte Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik** zu verwirklichen. Die Kirchen sehen einen erheblichen Bedarf im Bereich der sozialen Dienstleistungen, des Umweltschutzes, der Stadtanierung und Dorferneuerung, der Energieeinsparung, der Verkehrsinfra-

struktur. Mit Mitteln für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), die bisher lediglich für Aufgaben mit „zusätzlichem“ Charakter bestimmt sind, und mit mischfinanzierten Programmen könnten hier gezielt befristete Arbeitsplätze geschaffen werden. Die zur Verfügung stehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente bedürfen der Ergänzung. Es müssen auch Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit neue Arbeitsplätze, vor allem im Dienstleistungssektor, entstehen können.

b) Geboten ist weiterhin, die Möglichkeiten einer beschäftigungswirksamen **Arbeitszeitgestaltung** und einer entsprechenden **Arbeitsorganisation** voll auszuschöpfen. Eine weitere Verkürzung auch der Wochenarbeitszeit darf kein Tabu sein; zusammen mit dem Verzicht auf einen Teil der Wochenarbeitszeit, der den Arbeitslosen zugute kommen soll, müssen auch die entsprechenden Lohnanteile abgegeben werden. Zu fragen bleibt allerdings, ob eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit in allen Branchen und in allen Betrieben **generell** angestrebt werden soll, oder ob nicht je nach Lage der Verhältnisse eine differenzierte Verkürzung sinnvoll und notwendig ist. Angesichts der angespannten Situation sollten auch sehr weitgehende Lösungen ins Auge gefaßt werden, wenn z. B. durch eine kostengünstigere Nutzung der Produktionskapazitäten zusätzliche Spielräume für mehr Beschäftigung geschaffen werden.

c) Geboten ist auch, die **Arbeitsumverteilung** ökonomisch sinnvoll und sozialverträglich für mehr Beschäftigung einzusetzen. Dazu gehört die Vermeidung von Überstunden, die viel häufiger möglich ist, ebenso wie die Bereitstellung von mehr Teilzeit-Arbeitsplätzen, und zwar bei unterschiedlicher Art und Verteilung der Arbeitszeit.

Gerade der Staat als Arbeitgeber muß in seinem unmittelbaren Verantwortungsbereich, dem öffentlichen Dienst, hier stärker gestaltend wirken, auch die Kirchen sind in ihrem Bereich entsprechend gefordert.

Positive Erfahrungen bei der Teilzeitarbeit für Lehrer legen es nahe, die Möglichkeiten der Teilzeit für Beamte stärker zu nutzen. Die Lasten der Arbeitslosigkeit müssen von allen Beschäftigten, auch von den Beamten, mitgetragen werden. Aber auch in großen Teilen der kapitalintensiven Industrie können sich, wie Beispiele zeigen, erhebliche Vorteile sowohl für das Unternehmen selbst als auch für die Beschäftigten ergeben, wenn man Veränderungen bei Arbeitszeit und Schichtordnung vornimmt und auf diese Weise zusätzliche Kräfte einstellt.

d) Geboten ist ebenfalls, die **Qualifizierung von Arbeitnehmern** ebenso wie die Umschulung und Fortbildung auf allen Ebenen und mit allem Nachdruck voranzubringen. Trotz der Tatsache, daß der Anteil der gut Ausgebildeten unter den Arbeitslosen wächst, sind Ausbildung, Umschulung und Fortbildung immer noch die wirksamsten Mittel zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Das bedeutet auch, daß vor allem Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung einer ständigen weiteren Qualifizierung bedürfen. Die Verantwortung für die berufliche Qualifizierung liegt insbesondere bei den Unternehmen selbst.

e) Geboten ist schließlich, die Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung einzudämmen, da sie der Wiedereinstellung von Arbeitslosen entgegenwirken, ihren Schutz unterlaufen und ihre Lage ausnutzen. Schwarzarbeit ist, obwohl sie Arbeitslosen in ihrer finanziellen Not zu helfen scheint, ein ernster Verstoß gegen menschlichen und sozialen Anstand.

2. Tätige Solidarität unter Beweis stellen

Arbeit gehört zum menschlichen Leben. Insbesondere durch Arbeit kann der Mensch seine Fähigkeiten und Kräfte entfalten und am Leben der Gesellschaft teilhaben. Der Erwerbsarbeit kommt dabei besondere Bedeutung zu. Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, bedeutet für die Betroffenen erhebliche mate-

rielle Einbußen; sie unterhöhlt den Leistungswillen und das Selbstwertbewußtsein; sie greift die sozialen Bindungen in Ehe und Familie, im nachbarschaftlichen Leben an und zerstört die Solidarität. Arbeitslosigkeit trifft Jugendliche besonders schwer.

Wir dürfen es nicht zulassen, daß die von Arbeitslosigkeit Betroffenen von den Arbeitsplatzbesitzern mit ihrem Schicksal allein gelassen werden und ein Abbau der Solidarisierung weiter um sich greift.

Wir dürfen auch nicht zulassen, daß durch leichtfertige Unterstellungen in der öffentlichen Diskussion (z. B. „viele Arbeitslose wollen in Wirklichkeit gar nicht arbeiten“) die menschliche Not vergrößert und das gesellschaftliche Ansehen der von Arbeitslosigkeit Betroffenen überschattet wird. Gewollt oder ungewollt wird der Hinweis auf unbestreitbar auch vorhandene Mißbräuche zu einer belastenden Diskriminierung aller Arbeitslosen. Die allgemeine Bereitschaft, sich auch mit persönlichen Opfern für Arbeitslose einzusetzen, wird mit Vermutungen und Teilunterstellungen dieser Art erheblich geschwächt, die Bereitschaft zu tätiger Solidarität wird untergraben.

Wir dürfen auch nicht zulassen, daß die Arbeitslosen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz resignieren und eine „innerliche Auswanderung aus der Gemeinschaft“ vollziehen. Gleichgültigkeit und Abwehrhaltung gegenüber den Arbeitslosen können diese in Verdrossenheit und Resignation drängen. Es kann zu einem Zerbrechen des sozialen Grundkonsenses zwischen Arbeitslosen und Arbeitsplatzbesitzern

in unserem Staat kommen, zu einer Entsolidarisierung der gesellschaftlichen Gruppen, zu Unruhe und den inneren Frieden gefährdenden Aktionen. Die Sorge ist nicht unbegründet, daß sich Erfahrungen der Weimarer Republik wiederholen können.

Gefordert ist von uns allen und jedem einzelnen tätige Solidarität. Jeder unbesetzte Arbeitsplatz, jede unnötige Überstunde, jede versäumte Qualifizierung, jedes unnötige Einstellungshemmnis ist ein Verstoß gegen dieses Gebot der Solidarität.

Tätige Solidarität mit und für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen verlangt, auch die finanziellen Belastungen der längerfristig Arbeitslosen mit wachem und offenem Herzen zu sehen und mitzutragen. Die Kirchen sind in großer Sorge, daß mit dem sprunghaften Anstieg der Zahl der Dauerarbeitslosen, die nur noch Arbeitslosenhilfe erhalten und vielfach ergänzend auf Sozialhilfe angewiesen sind, die menschliche und materielle Not dieser Mitbürger sehr zugenommen hat.

3. Schlußfolgerung

Die in Politik und Wirtschaft Verantwortlichen sollten sich jetzt zusammenfinden und schnell handeln. Wir müssen miteinander und füreinander die Arbeitslosigkeit bewältigen helfen. Das gilt auch für das gemeinsame Tragen der finanziellen Lasten. Beim Staat, den Arbeitgebern und den Gewerkschaften liegt ein besonders hohes Maß der Verantwortung. Sie müs-

sen im Sinne eines Sozialpaktes **gemeinsam** handeln. Es genügt nicht, Forderungen an den jeweils anderen zu richten; notwendig ist es vielmehr, gemeinsame Kraftanstrengungen zu unternehmen. Aus Arbeitslosigkeit darf niemand politisches Kapital schlagen wollen oder dem anderen den guten Willen absprechen. Die Kirchen bitten alle Verantwortlichen, aufeinander zuzugehen und auch bereit zu sein, wo nötig, eigene Interessen zurückzustellen, um gemeinsam einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu erbringen.

Landesbischof D. Eduard Lohse
Der Vorsitzende des Rates
der Evangelischen Kirche in Deutschland

Joseph Kardinal Höffner
Der Vorsitzende der
Deutschen Bischofskonferenz

Bonn/Hannover, den 2. September 1985

Anmerkung der Redaktion:

Veröffentlichungen der Deutschen Bischofskonferenz erhalten Sie über das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 5300 Bonn 1.

Veröffentlichungen des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland erhalten Sie über das Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrenhäuserstraße 12, Postfach 21 02 20 in 3000 Hannover 21, Telefon (05 11) 71 11-0.

„Die Evangelische Kirche in Deutschland“ heißt eine soeben vom Kirchenamt herausgegebene Informationsbroschüre, die über Aufbau, Organe und Amtsstellen der Evangelischen Kirche in Deutschland Auskunft gibt. Darüber hinaus enthält sie ein ausführliches Anschriftenverzeichnis.

Arbeitnehmer-Arbeitgeber im Spannungsfeld der Kirche

Eberhard Allner

Die Kirche mit ihren Einrichtungen ist einer der größten Arbeitgeber in der Bundesrepublik. Sie kann viele Dinge im Verhältnis zu den bei ihr beschäftigten Arbeitern, Angestellten und Beamten selbständig regeln. Beispielsweise haben die Landeskirchen eigene Mitarbeitervertretungsgesetze. Hintergrund dieses Artikels ist ein Referat, das Eberhard Allner vor der Kreisynode Berlin-Tempelhof gehalten hat. Allner ist Mitglied des Ältestenrates der Landessynode Berlin, im Landesvorstand der EAN und Leiter einer Abteilung im Berliner Arbeitsamt.

„Am Fuße eines Leuchtturms ist es oft dunkel“, dieses Sprichwort wird auch auf große und mächtige Arbeitgeber angewendet. Auf die

Kirchen, ihre Werke und Institutionen ebenso wie auf Gewerkschaften und Parteien. Gruppierungen also, von denen die Öffentlichkeit manchmal etwas Besonderes erwartet.

Viele Zeitgenossen sind der Meinung, bei diesen Arbeitgebern könne der Arbeiter und Angestellte ohne Sorge seinem Beruf nachgehen. Ohne Sorge heißt hier vor allem, die üblichen Konflikte des Arbeitsalltages werden hier intelligenter, vorausschauender und menschlicher gelöst als anderswo. Ja, einige meinen sogar, solche Konflikte dürften erst gar nicht ent-

stehen. Das ist eine Illusion. Zu einfach gedacht, um vor der Wirklichkeit bestehen zu können. Wer diese Erwartung generell hat, übersieht, daß in einer Großorganisation auch nur Menschen mit den üblichen Fehlern und Mängeln arbeiten. Es wird also dort zwangsläufig Probleme im täglichen Umgang miteinander geben.

Die EKD, die Landeskirchen und ihre auf sie bezogenen Einrichtungen, in denen Arbeiter, Angestellte und Beamte tätig sind, sind zusammengefaßt einer der größten Arbeitgeber der Bundesrepublik. Beide Konfessionen zusammen sind der

zweitgrößte Arbeitgeber in der Bundesrepublik Deutschland.

Bisherige Erfahrungen lassen den Schluß zu, daß in den Evangelischen Kirchen, deren Werken und Einrichtungen vor allem zwei Erwartungen aufeinander treffen:

Die Arbeitnehmer erwarten in den Fragen des Gehalts, Urlaubs und zusätzlicher Sicherung die Angleichung an die Bedingungen des öffentlichen Dienstes. Zum ändern ein gutes Arbeitsklima, relative Handlungsfreiheit und -spielraum und auch eine gewisse Selbständigkeit im Betriebsablauf. Sie erwarten darüber hinaus mehr Verständnis für menschliche Probleme und beim Vollzug des Arbeitsverhältnisses, etwa bei Krankheit oder Beeinträchtigungen mit zunehmendem Alter.

Die Kirchenleute dagegen in der Funktion von Arbeitgebern bzw. Vorgesetzten erwarten von vornherein ein sachliches und ein persönliches Engagement. Der Arbeitnehmer soll nicht nur allein seine Arbeitskraft und Erfahrung einbringen, er soll den geistlichen Auftrag bejahen und nach Möglichkeit mit ausfüllen.

Ein Streik liegt nicht im Horizont eines kirchlichen Vorgesetzten, eine Auseinandersetzung vor einem Arbeits- oder Sozialgericht ist verpönt. Tarifverträge etwa mit der ÖTV werden nur sehr zögernd an-

gegangen. Nordelbien hat den in Schleswig-Holstein bestehenden Tarifvertrag mit übernommen. In Berlin ist jetzt der Entschluß gefaßt worden, mit der ÖTV in Verhandlungen einzutreten. Mit anderen Organisationen wurden Tarifverträge bereits abgeschlossen.

Alle Landeskirchen haben allerdings eigene Gesetze zur Regelung der Mitarbeiter-Vertretung. Aber auch hier gibt es bei der praktischen Umsetzung Hemmnisse und zögerliche Einstellungen. Manchmal von beiden Seiten.

Die Freiheit, untereinander mit diesen Rechten und Pflichten ohne Vorurteile umzugehen und auch berechnete Interessen einzubringen und durchzusetzen, ist unterentwickelt. Oft wird von seiten der kirchlichen Arbeitgeber befürchtet, daß dadurch der gemeinsame Auftrag Schaden nehmen könne.

Die Gewerkschaft wird oft so beurteilt: sie will nicht nur die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, sondern auch ihre organisationspolitischen Ziele durchsetzen. Und diese, so wird manchmal offen, aber auch hinter vorgehaltener Hand befürchtet, unterlaufen den Auftrag der Kirche und den ganzheitlichen Einsatz der kirchlichen Mitarbeiter.

Was auch immer an solchen mehr grundsätzlichen Sorgen und Vorbehalten dran sein mag, die

Schwierigkeiten entstehen meist direkt vor Ort, im täglichen oder wöchentlichen Ablauf der Tätigkeiten bzw. Zusammenarbeit. Wenn zum Beispiel der Pfarrer und die Leiterin einer kirchlichen Kindertagesstätte nicht miteinander umgehen können, müssen es oft die anderen Mitarbeiter ausbaden. Fehlt dann im Presbyterium (Kirchenvorstand) ein Jurist und dessen klärender Sachverstand, zieht die Sache größere Kreise.

Schon der einfache Wechsel im Pfarramt kann nicht nur für die Gemeinde als solche, sondern oftmals auch für die angestellten Mitarbeiter schwerwiegende Folgen haben, was sowohl den theologischen Ansatz, als auch den evtl. daraus sich ergebenden Wechsel in den Arbeitsmethoden betrifft. Die bewährte und eingeschliffene relative Handlungsfreiheit und Selbständigkeit ist dadurch gefährdet.

Das gilt für andere Bereiche kirchlicher Tätigkeiten in ähnlicher Weise. Vorlesungen über Arbeitsrecht oder die Kenntnisnahme des Personalvertretungsgesetzes sind in der Ausbildung unserer Theologen nicht vorgesehen. Ob andere kirchliche Vorgesetzte auf diesen Gebieten ausreichend geschult werden, ist wenig bekannt. Allerdings sind auch auf seiten der Arbeitnehmer Mängel bekannt geworden. Relativ oft wird beobachtet, daß erst im Konfliktfall das in-

Einladung

„Die christliche Verantwortung für das politische Leben“

Öffentliche Vortragsveranstaltung mit Peter Hintze, Bonn, Bundesbeauftragter für den Zivildienst, Kevelaer, 9. November 1985, Jesus Christus Kirche und Gemeinderäume, Brunnenstraße 70.

14.30 Uhr Ev. Gottesdienst – Pfarrer E. O. Schumann, Geldern

16.00 Uhr Vortrag mit anschließender Diskussion

18.00 Uhr Kaffeetafel

Informationen und Anmeldung bei

Pfarrer Ernst-Otto Schumann
Kreisvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Kleve
Burgstraße 5
4170 Geldern
Telefon 0 28 31/31 19

nerhalb der Landeskirche geltende Mitarbeiter-Vertretungsgesetz „studiert“ wird. Es gibt Fälle, wo gewählte Vertreter der Arbeitnehmer nur mangelhafte Kenntnisse hatten.

Auf die EKD und ihre Landeskirchen kommen durch die Steuerreform der Jahre 1986 und 1987 zwei finanzielle Engpässe zu. Die genauen Zahlen wurden noch nicht veröffentlicht, aber es soll sich um jeweils eine Milliarde DM handeln,

die den Kirchen insgesamt dann fehlen werden.

Hier sind die Öffentlichkeit und natürlich auch die Gemeinden gespannt, in welcher Weise diese „Brocken“ gemeistert werden. Denn ein solcher Einschnitt wird u. a. personalpolitische Konsequenzen nach sich ziehen und mit einiger Sicherheit das Verhältnis Arbeitnehmer-Arbeitgeber in den kirchlichen Einrichtungen beeinflussen.

Quelle: Rundschau der Evangelischen Arbeitnehmer, Informationsschrift des Bundesverbandes Evangelischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (B.E.A.), Bismarckstraße 54, 1000 Berlin 12, Telefon (030) 3417035.

Verantwortlicher Redakteur: Erwin Ortman, Köln. Die Rundschau der Evangelischen Arbeitnehmer dient zur Information der Mitglieder der „Gesellschaft der Freunde Friedewalds“ und der Mitglieder in Vereinen der Evangelischen Arbeiterbewegung (EAB) sowie den Landesverbänden der Evangelischen Arbeitnehmerschaft (EAN) und gleichartiger Einrichtungen.

Wir müssen die Herzen mehr bewegen

Die Kirche muß mit gutem Beispiel vorangehen

K. Rüdiger Durth

Ungewöhnliche Ansichten aus dem Diakonischen Werk der EKD

„Die Kirche kann keinen Beitrag zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit leisten“, stellt der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Pfarrer Karl Heinz Neukamm (Stuttgart), nüchtern fest, „aber sie kann sich um diejenigen kümmern, die nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln sind.“ Neukamm, höchster Repräsentant des „Großunternehmens“ Diakonie mit rund 300.000 hauptamtlichen Mitarbeitern, möchte erreichen, daß sich die Kirche mehr um diese Gruppe kümmert, ihr vor allem menschlich beisteht und im konkreten Fall auch einen Arbeitsplatz vermittelt. Gleichzeitig drängt er darauf, daß die Kirche selbst mit gutem Beispiel vorangeht, wenn es darum geht, Arbeit zu teilen. Dabei denkt er an die vielen Doppelterdiener in der Kirche, daran, daß man sehr wohl eine kirchliche Vorruhestandsregelung treffen kann, mehr Teilzeitarbeit anbietet. Unbequem wird Neukamm in den eigenen Reihen, wenn er laut darüber nachdenkt, daß kirchliche Mitarbeiter als „Zeichen des Teilens“ auf ihr

13. Monatsgehalt verzichten, könnten: „Wenn zwölf Mitarbeiter auf ihr 13. Monatsgehalt verzichten, kann davon eine neue hauptamtliche Stelle eingerichtet werden.“

Gegen Schlagwort der „neuen Armut“

„Wir sollten nicht so viel an andere appellieren“, räumt er in einem Gespräch mit Journalisten selbstkritisch ein, „sondern mit gutem Beispiel vorangehen.“ Da das „gewachsene Vertrauen“ zwischen Sozialstaat und Diakonie durch allzu starkes „auf-die-Paukehauen“ gestört werden kann, wehrt sich Karl Heinz Neukamm auch gegen das Schlagwort von der „neuen Armut“. Gerade dieses Schlagwort ist innerhalb der kirchlichen Sozialarbeit sehr beliebt, „verdeckt aber die eigentlichen Probleme“, nämlich die Massenarbeitslosigkeit und die Überlastung der öffentlichen Sozialhilfe. Neukamm, dem zu viele Pfarrer „die Kanzel mit dem Bundestag verwechseln“, nimmt die Bundesregierung in Schutz: „Die Einsparungen im Staatshaushalt sind doch keine Bosheit.“

Heilende Gemeinschaft

Unermüdlich setzt sich der Diakonie-Präsident – seit Mai 1984 im Amt – für ein Umdenken ein: „Wenn schon neue Armut, dann handelt es sich um die Probleme der alten Menschen, um die viel zu vielen Abtreibungen.“ Hier kann seiner Überzeugung nach nur die „helpende Gemeinde“ Abhilfe schaffen: durch zupackende Hände, ermutigende Worte und heilende Gemeinschaft. Neukamm: „Viele Dinge sind ganz einfach, man muß sie nur tun wollen.“ Eine ungewohnte Sprache für einen Diakoniepräsidenten.

Für Stiftung „Mutter und Kind“

Kritisch setzt er sich auch mit den Kritikern der Bundesstiftung „Mutter und Kind“ auseinander. Viele evangelische Beratungsstellen für schwangere Frauen in Konfliktsituationen wollen ihre Mitarbeit aufkündigen. Die Gründe: Die Bundesstiftung verursacht zuviel bürokratischen Aufwand, führt den Bundesrechnungshof in die Beratungsstellen, verleitet Frauen dazu, Konflikte vorzutäuschen, die nicht vor-

handen sind, um an zusätzliches Geld zu kommen. Doch nach Neukamm sticht das alles nicht, auch nicht die Tatsache, daß die vom Bund bereitgestellten 50 Millionen DM pro Jahr (dieser Betrag soll 1986 auf 60 Millionen DM aufgestockt werden) für alle Beratungsstellen nicht ausreichen. Zum einen könne die Kirche durchaus für die vermehrte Büroarbeit aufkommen, zum anderen solle man die bisherigen 50 Millionen DM nicht gering achten und den „Mitnahmeeffekt“ nicht dramatisieren.

Gegen Abtreibungsfreigabe

Persönlich wendet sich Neukamm gegen die Forderung einer Reform des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch (Abtreibung), da es dafür keine politische Mehrheit gebe. Wichtiger sei es, daß die Kirchengemeinden sich mehr um schwangere Frauen in Konfliktsituationen kümmern, kinderfreundlicher würden und die Bera-



Präsident Karl Heinz Neukamm

tungsstellen – „die insgesamt gute Arbeit leisten“ – noch mehr den Schutz des Lebens in den Mittelpunkt stellen. Neukamm umschreibt seine Haltung als „nicht frauenfeindlich, wohl aber lebensfreundlich“. Sorge bereitet Neukamm aber auch die Tatsache, daß in den kaum noch zu übersehenden diakonischen Einrichtungen es oft an „christlich engagierten Mitarbei-

tern“ fehlt. Die „Explosion“ der Diakonie in den zurückliegenden Jahren führte dazu, daß man einfach „jeden nehmen mußte“. Neukamm: „In manchen evangelischen Einrichtungen gehört uns nur das Namensschild.“ Hier müsse dringend Abhilfe geschaffen werden.

Ehrenamtliche Mitarbeit notwendig

Ganz und gar nicht behagt Neukamm der Streit um die nachlassende Kirchensteuer im Zusammenhang mit der staatlichen Steuerreform 1986/88. Vor allem ab 1988, wenn die Besserverdienenden entlastet werden, schlägt die Reform in den Kirchenbüchern negativ zu Buche. Dankbar hat er das Angebot von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg angenommen, vor der zweiten Stufe noch einmal über die Kirchensteuer zu sprechen. Neukamm: „Die neue Armut der Kirche wird nicht ausbrechen.“ Vielmehr müßten die Gemeinden dann dafür sorgen, daß zusätzliche Aufgaben durch mehr ehrenamtliche Arbeit und Spenden finanziert werden: „Wir sollten den Gemeinden auch mehr zutrauen.“ Fazit von Karl Heinz Neukamm: „Wir müssen die Herzen mehr bewegen.“ Das will er auch im Blick auf die großen Probleme der Asylanten verstanden wissen, die oft menschenunwürdig in Lagern hausen: „Wo aber sind die Gemeinden, die leerstehende Kirchengebäude für diese Menschen bereitstellen, wo die Christen, die in ihren Häusern Platz machen?“

Minister Warnke in Schutz genommen

Neukamm nahm ferner Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (Bonn) vor Angriffen aus den Reihen der Kirche in Schutz. Es sei richtig, daß der CDU-Politiker, der auch Mitglied der 120köpfigen EKD-Synode ist, innerhalb der Entwicklungshilfe stärker als seine Vorgänger „wirtschaftliche Dinge“ berücksichtige. Aber wer sage, daß dies so falsch sei, wie seine kirchlichen Kritiker meinten? fragte Neukamm. Er warnte davor, „Buh-



Minister Jürgen Warnke

männer“ aufzubauen. Wenn Entwicklungshilfeminister Warnke beispielsweise unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen dem sozialistisch regierten Nicaragua keine Bonner Hilfe gewähre, so heiße das noch lange nicht, daß sich die Kirche nicht dort engagieren könne. Gegen eine solche Hilfe habe Warnke nichts einzuwenden. Präsident Neukamm warnte die Kirche davor, sich in politischen Dingen zum „Oberschiedsrichter“ zu machen. Der Direktor der zum Diakonischen Werk gehörenden Aktion „Brot für die Welt“, Hans-Otto Hahn (Stuttgart), hatte vor kurzem den Vorwurf erhoben, die staatliche Entwicklungshilfe sei „außenwirtschaftlich orientiert“, und es sei fraglich, ob „man das noch als Entwicklungshilfe bezeichnen kann“. Auch der Geschäftsführer der mit dem Diakonischen Werk eng zusammenarbeitenden Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE), Klaus Poser (Bonn), hatte Anfang September bei der Vorlage des EZE-Jahresberichtes gemeint, die staatliche Entwicklungspolitik drohe „Maß und Mitte zu verlieren“. Angesichts der katastrophalen Ernährungslage in Afrika sowie wachsender Verarmung und Unterdrückung in Asien und Lateinamerika sei es eine wichtige Aufgabe zwischenstaatlicher Entwicklungspolitik, für angemessene Rahmenbedingungen hier und in der Dritten Welt zu sorgen, meinte Poser.

Marktwirtschaft oder Kommandowirtschaft?

Werner Steinjan

In den westlichen Industrieländern leben wir im Vergleich zu früheren Zeiten wie im Vergleich zu den meisten anderen Ländern der Erde in einer Welt der Güterfülle. Die materielle Not im eigentlichen Sinne des Wortes ist überwunden. Daran ändern auch Kampagnen über „neue Armut“ nichts. Wenn es nach den Agitatoren ginge, wäre bereits jeder arm, wenn er zur Zahl jener gehört, die um einiges weniger als der Durchschnitt haben. Diese Art Armut ist das Ergebnis der Definition in den Köpfen der Erfinder.

Das festzustellen, heißt nicht, zu bestreiten, daß es Menschen in materieller Not gibt. Aber das war zu allen Zeiten so, auch in den Zeiten der Hochkonjunktur und auch in denen, in denen es eine von der SPD geführte Regierung gab. Um Menschen in Not muß man sich kümmern, aber es ist nicht sehr redlich, sie als Mittel der Agitation und des Wahlkampfes zu mißbrauchen.

Bleibt die Tatsache, daß wir auch in einer wirtschaftlich etwas schwierigeren Zeit in einer Welt der Fülle leben, bleibt die Frage, wie dieser Wohlstand produziert und erhalten wird. Damit verbinden sich dann gleich zwei weitere Fragen, nämlich die erste nach der technischen und die zweite nach der im engeren Sinne wirtschaftlichen Methode der Herstellung von Gütern.

Allgemeiner Wohlstand für viele Menschen, für Menschen in Masse, kann nur durch rationale Massenproduktion erreicht werden und das heißt praktisch durch industrielle Produktion. Das bleibt auch so in einer Gesellschaft, die man nicht sehr zutreffend „postindustrielle“ nennt. Es ist richtig, daß die Dienstleistungen ein immer höheres Gewicht erhalten. In den USA sind inzwischen 70 % der Beschäftigten mit der Herstellung von Dienstleistungen befaßt. Aber die Art der Fertigung ist weithin „industriell“, rational systematisiert, möglichst auf Massenfertigung mit Massenangeboten gerichtet. Die innerindustriellen Dienstleistungen, die business services, sind zudem kaum von der Sachgüterproduktion zu trennen so wie die hard-ware nicht von der soft-ware. Und das ist der

überwiegende Teil der Dienstleistungsproduktion und nicht der „Verkauf von Hamburgern bei McDonald“!

Industriell produzieren kann man wieder nach zwei Prinzipien des Wirtschaftens, die es auch schon vor der industriellen Gesellschaft gegeben hat: Nach dem Prinzip der Marktwirtschaft oder der Zentralen Verwaltungswirtschaft. Die Frage, für welches der beiden Prinzipien man sich entscheiden soll, hätte von Mitte der 50er Jahre bis Anfang der 70er Jahre bei uns kein Kopfzerbrechen verursacht. Die Erfolge der Marktwirtschaft beim Wiederaufbau, der inzwischen erreichte Wohlstand für alle waren so überzeugend, die Erinnerung an die Zeit der Lenkungswirtschaft in der Nazizeit so abschreckend, daß eine solche Frage nur noch Gegenstand akademischer Diskussionen war.

Soziale Marktwirtschaft – Wohlstand für alle

Inzwischen ist die Entscheidung für die Marktwirtschaft nicht mehr so außer jeder Frage. Das Gedächtnis der Menschen ist kurz; neue Zweifel tauchen auf. Gar nicht so wenige kritisieren die Marktwirtschaft nicht nur, weil sie nach ihrer Auffassung ungerecht, sondern weil sie auch nicht mehr in der Lage sei, die Probleme unserer Gegenwart und Zukunft national wie weltweit zu lösen. Was ist dazu in der hier gebotenen Kürze zu sagen:

Wirtschaft als ein Instrument zur Herstellung von Gütern ist weder gerecht noch ungerecht. Jedes Werturteil setzt Wertvorstellungen voraus, die von Menschen stammen und von Menschen in das System eingegeben werden. Das beginnt in der Familie und setzt sich fort bis zur Menschheit. Die Verteilung der Arbeit wie der Güter wird von Menschen bestimmt. Auch

wenn in einer Familie nur der Vater Geld verdient, die Mutter allein den Haushalt führt und die Kinder zur Schule gehen, bekommen doch alle zu essen. Vater und Mutter regeln die Verteilung dirigistisch. Die Familie ist eine Zentralverwaltungswirtschaft im Kleinen. Da die Verwaltungswege kurz sind, klappt das meistens recht gut.

Wenn es nicht mehr um einige wenige Menschen, sondern um Millionen geht, gibt es einen Umschlag der Quantität in die Qualität. Der Dirigismus wird immer schwieriger. Aber auch in einer Marktwirtschaft finden eine Menge von Umverteilungen statt, die nicht durch den Marktprozeß geregelt werden. Bei einer Staatsquote von fast 50 % kann das nicht wenig sein. Auch in einer sozialen Marktwirtschaft werden einige Güter anders als nach

Aus dem Inhalt

Kirchen nehmen sich in die Pflicht	1
Dokumentation: Gemeinsames Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz	2
Arbeitnehmer-Arbeitgeber im Spannungsfeld der Kirche	3
Wir müssen die Herzen mehr bewegen	5
Marktwirtschaft oder Kommandowirtschaft?	7
Gedanken zur Demokratie – Denkschrift der EKD	10
Dr. Gerhard Schröder zu Ehren	12
Bundeswehr hilft Hungernden in Afrika	14
Aus unserer Arbeit	14
Personen und Persönliches	16

dem Ergebnis des Marktprozesses und der dort erzielten Primäreinkommen verteilt. Es wird nach sozial-, berufs-, regional und auch ganz allgemein politischen Motiven politisch entschieden und interveniert. Das Problem ist, wie umfangreich die Intervention ist und ob dabei der Markt noch funktionsfähig bleibt.

Ein sehr ähnliches Problem stellt sich bei der Kritik der Weltwirtschaft. Auch hier wird eine sozial motivierte Intervention gefordert. Wer von ungerechter Weltwirtschaftsordnung redet, hat eine andere Vorstellung von internationaler Arbeitsteilung und Güterverteilung – sofern er eine Vorstellung hat – als sie sich aus Angebot und Nachfrage am Weltmarkt ergibt. Dazu brauchte man übrigens noch nicht einmal das Instrument zu ändern, man müßte es nur anders programmieren. Aber auch hier würde sich dann sofort das Problem ergeben, wie umfangreich die Intervention sein soll und kann und von welcher Grenzlinie an die Funktionsfähigkeit des Instruments zerstört wird. An einer konkreten Antwort darauf mangelt es bei allen sich progressiv gebenden Vorschlägen.

Arbeitslosigkeit – Indikator einer falschen Konzeption?

Marktwirtschaft als Methode wird heute in der Hauptsache wegen der offenbar sehr schwer, wenn überhaupt, zu beseitigenden Arbeitslosigkeit angegriffen. Marktwirtschaft sei nicht mehr fähig, die Probleme zu lösen. Man brauche etwas ganz anderes. Inzwischen tun sich die Kritiker etwas schwer. Es spricht sich allmählich herum, daß in der konsequent betriebenen Marktwirtschaft der USA seit Anfang der 60er Jahre eine lang anhaltende Beschäftigungswelle rollt. In den USA hat sich die Zahl der Arbeitsplätze von 1960 – 1984 um 40 Millionen, von 65 Millionen auf 105 Millionen erhöht. Im letzten Aufschwung ist im Gegensatz zu Europa die Arbeitslosigkeit auf einen Stand unter dem unseren aufgebaut worden. Dabei ist Arbeitslosigkeit in den USA weit mehr als

bei uns ein strukturelles Problem. Die große Zahl der unzureichend ausgebildeten Farbigen, der in Millionen über 3000 km offene Grenze einwandernden illegalen Hispano-Amerikaner, ließe eher eine beträchtlich höhere Arbeitslosigkeit erwarten. Aber die Amerikaner haben nicht nur ihren Baby-Boom, eine zeitweise sehr schnell steigende Frauenerwerbsquote, sondern auch den Millionenzustrom aus dem Süden (allein im letzten Jahr auf 5 Millionen geschätzt) bewältigt. Eine Steigerung der Arbeitsplätze in 25 Jahren um 62 % ist erstaunlich. Nebenbei: Der Rede, daß der Gesellschaft die Arbeit ausgeht (Hannah Arendt und sie Zitierende) geht damit die Luft aus!

Offenbar liegt es also nicht am Instrument Marktwirtschaft, sondern vermutlich eher an der Art, das Instrument zu nutzen und mit ihm umzugehen. Es liegt wohl mehr an Bedienungsfehlern, wenn es nach zwei Jahrzehnten großer Erfolge auch bei uns seit den 70er Jahren nicht mehr so recht klappt. Nicht die Marktwirtschaft hat Mängel, sondern wir leisten uns Mängel, die vor allem den Arbeitslosen teuer zu stehen kommen. Trotz dieser Mängel ist die Leistungsfähigkeit auch einer behinderten realen Marktwirtschaft erheblich größer als die der realen sozialistischen Wirtschaften. Das zeigt jeder Vergleich des Lebensstandards zweier Staaten mit ziemlich gleichen Voraussetzungen aber unterschiedlichen Systemen, nämlich der beiden deutschen Staaten. Die DDR liegt nur bei den einfachen – und subventionierten – Grundlebensgütern vorn und da darf man nicht auf die Qualität sehen. Je anspruchsvoller die Güter sind, um so ungünstiger fällt der Vergleich für die DDR aus. Da der Faktor Arbeitskraft auch nach 40 Jahren der Trennung in beiden Teilen nicht so unterschiedlich ist, muß es wohl am System liegen.

Tatsächlich ergibt sich bei einem sogenannten input/output-Vergleich (Aufwand von Kräften und Stoffen je Sozialprodukteinheit), daß in der DDR in der Industrie nur etwa 70 %, in der Landwirtschaft sogar nur 50–60 % der Ergebnisse bei uns erzielt werden. Die übrigen

sozialistischen Länder kommen bei solchen Leistungsvergleichen noch erheblich schlechter weg.

So ist es nur folgerichtig, daß die Ostblockstaaten bei den westlichen Industrieländern verschuldet sind und nicht umgekehrt und der Osten im Westen Hilfe sucht. China hat mit vorsichtigem Einschwenken auf marktwirtschaftliche Methoden enorme Fortschritte in seiner Landwirtschaft erreicht und versucht nun die Übertragung auch auf die Industrie.

Der Markt – der Weg zum besten Wirt

Der Markt erweist sich immer wieder als das überlegene Instrument effizienten Wirtschaftens insbesondere dann, wenn es sich um dynamische Prozesse handelt. Die Zentralverwaltungswirtschaft steht und fällt mit der Erfüllung umfangreicher und komplizierter Pläne. Nichts ist für sie unangenehmer als die Veränderung. Dann muß der Plan in einem Zeit und Kraft raubendem Prozeß angepaßt werden. Reibungen sind unvermeidlich.

Die Marktwirtschaft dagegen lebt geradezu von der Veränderung. Im Wettbewerb zwischen verschiedenen Produzenten setzt sich die beste Methode durch. Auch Pionierleistungen veralten. Wer auf der Gewinnschiene bleiben will, muß sich deshalb ununterbrochen um Neues, Besseres mühen. Die Steuerung des Prozesses bewirkt das einem Regler vergleichbare System der freien Preisbildung. Die frei schwankenden Preise zeigen den Knappheitsgrad einer Ware, einer Leistung an und steuern zugleich Angebot und Nachfrage. Steigende Preise locken neues Angebot heraus, finanzieren auch höhere Kosten und umgekehrt drängen sie Nachfrage zurück, die mit den steigenden Preisen nicht mithalten kann. Das geht solange, bis das Marktgleichgewicht, der Ausgleich von Angebot und Nachfrage, erreicht ist. Der Preis hat also gleichzeitig Indikator- und Steuerungsfunktion. Der Markt reagiert mit der Schnelligkeit und Unbestechlichkeit eines elektronischen

Reglers. Er weist „den Weg zum besten Wirt“ – zum besten Produzenten. Dynamik ist für den Markt kein Problem, sondern Lebenselixier.

Das Instrument muß freilich arbeiten können. Wenn der Thermostat durch Eingriffe von außen an der Arbeit gehindert wird, die tatsächlichen Temperaturen zu registrieren, zu signalisieren und umzusetzen, dann kann die Zimmertemperatur nicht so gesteuert werden, wie das aufgegeben wurde. Genau das aber haben wir durch zunehmende nicht marktkonforme, sondern dirigistische Staatseingriffe bewirkt. In die gleiche Richtung geht eine die Marktverhältnisse nicht ausreichend oder gar nicht berücksichtigende Tarifpolitik der Festsetzung von Kartellpreisen für den Faktor Arbeit; denn das sind die Tariflöhne, die sich eben nicht nach Angebot und Nachfrage bilden, sondern die politisch von den Tarifparteien ausgehandelt werden. Ver-

gleichbar den Abläufen in den sozialistischen Zentralverwaltungen klaffen damit Angebot und Nachfrage sehr bald auseinander, bei überhöhten Preisen kann ein Teil des Angebots nicht abgesetzt werden, wenn die Nachfrage frei bleibt. Im Falle der Arbeit heißt das folgerichtig Arbeitslosigkeit, wenn Zwangsarbeit ebenso wie die zwangsweise Zuweisung von Arbeitern abgelehnt wird, und das wollen wir nicht ändern.

Wir haben auch ein schönes Beispiel bei der Warenproduktion, nämlich der von Agrargütern. Hier werden auch überhöhte Preise – in diesem Fall von der Europäischen Gemeinschaft – festgesetzt. Als Folge davon steigt das Angebot auf einen Umfang der weit über dem Bedarf der Nachfrage jedenfalls zu diesen Preisen liegt. Hier heißt die Folge unverkäufliche Ware, die aber dennoch den Produzenten auf Kosten aller Steuerzahler abgenommen wird.

An beiden Beispielen wird deutlich, daß sich die Intervention in den Markt nicht einfach über die Marktverhältnisse hinwegsetzen kann. Steuerfinanzierte Sozialhilfe verschiebt die Nachfrage nach Gütern von den Steuerzahlern auf die Sozialhilfeempfänger. Solange die Steuerzahler nicht überfordert werden und dann auf den schwarzen Markt ausweichen (auch hier gibt es also Grenzen), ist das ökonomisch problemlos. Wenn aber für die Mieten Festpreise gelten, bei denen eventuell noch nicht einmal die Instandhaltungskosten verdient werden, dann bedeutet das den Verfall des Wohnungsbestandes. Fehler dieser Art passieren vor allem dann, wenn die Intervention nicht marktkonform, also nicht über Geldtransfers erfolgt. Man kann das bei uns in Teilbereichen, ganz deutlich aber in der DDR studieren.

Den freien Wettbewerb sichern

Soziale Marktwirtschaft heißt Marktwirtschaft mit politisch motivierter und entschiedener Intervention. Aber die Intervention muß eben möglichst marktkonform und sie darf nicht systemsprengend

sein. Wenn einem vom Ziel her die marktkonforme Steuerung als nicht ausreichend oder nicht möglich erscheint, muß man dirigistisch eingreifen, Negative Folgen darf man dann aber nicht der Marktwirtschaft anlasten. Das gilt für die Agrarpolitik und würde noch mehr für eine sogenannte neue Weltwirtschaftsordnung gelten. Deren Monster-Dirigismus würde alles, was wir bei der europäischen Agrarwirtschaft beklagen, als kleinen Betriebsunfall erscheinen lassen. Die vorgeschlagenen Garantiefonds in Milliardenhöhe würden das System sehr schnell von innen sprengen.

Der Markt ist aber nicht nur im engen wirtschaftlichen Sinne leistungsfähiger, er verdient auch ethisch den Vorrang. Es gehört zu seinem Wesen, Spielraum für die Entscheidung möglichst aller Marktteilnehmer zu bieten. Er ist anti-dirigistisch. Kommandostrukturen und Machtballungen ruinieren die Marktbedingungen. Weil das Ergebnis erfolgreicher Teilnahme am Wettbewerb im weiteren Verlauf aber zu Machtballungen führen kann und führt, gehört es zur ersten Aufgabe eines sich mit der Marktwirtschaft verbindenden Staates, den freien Wettbewerb zu sichern. Das Kartellgesetz ist deshalb ein Grundgesetz der Marktwirtschaft und zugleich auch des demokratischen Staates, dessen Balance durch Machtballungen ebenso zerstört werden würde.

Märkte – Pläne oder „Dritter Weg“

Umgekehrt ist der Markt für die totalitären Systeme unannehmbar, weil sich hier vom Staat unabhängige Kräfte bilden. Die Machtstellung des allein regierenden Politbüros würde allmählich unterminiert werden. Der totalitäre Staat braucht als Pendant die Lenkungs-, die Kommandowirtschaft als notwendiges Instrument der Machtausübung. Sie ist die ihm gemäße Form des Wirtschaftens. Das gilt für alle kommunistischen Wirtschaften und galt nach dem gleichen Gesetz auch für den totalitären nationalsozialistischen Staat.

Unsere Autoren:

Minister Albrecht Martin, MdL
Landesvertretung Rheinland-Pfalz
Schedestraße 1
5300 Bonn 1

Landesbischof D. Eduard Lohse
Vorsitzender des Rates der EKD
Herrenhäuser Straße 12
Postfach 21 0220
3000 Hannover 21

Joseph Kardinal Höffner
Vorsitzender der Deutschen
Bischöfskonferenz
Kaiserstraße 153
5300 Bonn 1

K. Rüdiger Durth
Frankenstraße 15
5300 Bonn 1

Werner Steinjan
Schüllerweg 10
5300 Bonn 2

Hans Staiger
Gartenstraße 152
6078 Neu-Isenburg

Klaus-Jürgen Hedrich, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Daraus ergibt sich ein letztlich unlösbarer Konflikt für alle Versuche einer Kombination von Demokratie mit Lenkungswirtschaft und totalitärer Herrschaft mit Marktwirtschaft. Er erklärt auch die Pendelpolitik jener, die einen „dritten Weg“ versuchen, ob gestern und heute in Jugoslawien, heute und morgen in China. Es ist noch nicht einmal eine Echternacher Sprungprozeession. Es kann nur immer ein Hüpfen im Dreieck sein, es sei denn man gibt

die totalitäre Herrschaft auf und das will man nicht und kann es vielleicht auch nicht. So bleibt den totalitären Staaten die effizienteste Wirtschaftsordnung versperrt. Sie können partielle und zeitlich zumeist begrenzte Anleihen machen, aber sie können sich die Vorteile der Marktwirtschaft nie gänzlich aneignen. Das ist ermutigend für uns!

Marktwirtschaft oder Kommandowirtschaft – das ist die Frage nicht

nur zwischen Effizienz und Ineffizienz, sondern auch zwischen demokratischem und totalitärem Staat. An ihr entscheidet sich ökonomischer Erfolg und Mißerfolg, Freiheit und Unfreiheit und zuletzt vielleicht wie für Hamlet Sein oder Nichtsein.

Anmerkung:

Der Autor dieses Beitrages, Ministerialrat a. D. Werner Steingau, gehört der Kammer für soziale Ordnung der EKD an.

Gedanken zur Demokratie – Denkschrift der EKD

Am 17. Oktober 1985 stellte die EKD ihre langerwartete Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie – Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“ vor. Zu dieser theologisch begründeten politischen Standortbestimmung des Protestantismus veröffentlichten wir erste Stellungnahmen aus den Reihen der Union.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht, erklärte:

„Die CDU begrüßt die Denkschrift der EKD „Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“. Zwar spiegelt die Denkschrift die ganze Meinungsvielfalt in der Evangelischen Kirche und damit auch die unterschiedlichen politischen Positionen unserer Gesellschaft wider, aber der große Wert dieser Denkschrift liegt in der klaren Zustimmung zum Staat des Grundgesetzes. Diese deutliche Grundposition der EKD ist ein wichtiger Beitrag zur Orientierung und zur Stärkung des demokratischen Rechtsstaates in einer Zeit, in der der demokratische Grundkonsens brüchig zu werden droht, zur Durchsetzung politischer Ziele immer wieder von nicht gänzlich unbedeutenden Gruppen das Recht verletzt wird und der demokratische Rechtsstaat heftigen Angriffen von links und rechts ausgesetzt ist.

Die CDU stellt ein hohes Maß an Übereinstimmung grundlegender Aussagen der Denkschrift mit ihrem Grundsatzprogramm fest. Dies betrifft insbesondere die Aussagen über die Verantwortung des Christen für Staat und Gesellschaft, den Zusammenhang zwischen christlichem Menschenbild und gesellschaftlicher Ordnung, die Bindung des Staates an Menschenwürde, Menschenrechte und die unveräußerlichen Grundrechte aller Bürger

sowie die Pflicht des Staates zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit.

Die wichtigsten Aussagen liegen für die CDU in folgenden Punkten:

– Die Feststellung der Denkschrift, der demokratische Staat weise eine „Nähe zum christlichen Menschenbild“ auf und heute könne „nur eine demokratische Verfassung der Menschenwürde entsprechen“, hebt den Wert des demokratischen Rechtsstaates gegenüber anderen Staatsformen besonders hervor. Eine wertmäßige Gleichstellung demokratischer Staaten mit anderen Staatsformen kann es nicht geben. Totalitäre Systeme widersprechen dem christlichen Menschenbild. Der hohe Wert des demokratischen Rechts-

staates begründet für die CDU auch dessen Verteidigungswürdigkeit.

– Die Denkschrift stellt eindeutig fest, daß das Mehrheitsprinzip eine wesentliche Grundlage des demokratischen Staates ist. Diese Klarstellung war notwendig gegenüber solchen Positionen, die das Mehrheitsprinzip dann außer Kraft setzen wollen, wenn es um politische Entscheidungen geht, die tatsächlich oder angeblich „Überlebensfragen der nachfolgenden Generation“ berühren.

– Mit erfreulicher Klarheit stellt die Denkschrift fest, daß es ein Widerstandsrecht in der freiheitlichen Demokratie nur gegen denjenigen gibt, der es unternimmt, die Ordnung der Verfassung zu beseitigen. Die



Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht

Copyright Manfred Wienhöfer

Christlich Demokratische Union stellt fest: Das Recht ist nicht der Beliebigkeit einzelner oder einzelner Gruppen anheimgestellt. Über die Rechtmäßigkeit von Verwaltung und Gesetzgebung wachen die Gerichte. Jedermann kann in der Demokratie für seine politische Meinung werben und Mehrheiten suchen. Mehrheitsentscheidungen, die von den zuständigen Organen unseres Staates im Rahmen der Verfassung getroffen werden, gelten auch für die Minderheit. Gewissensentscheidungen werden nicht nur von Minderheiten, sondern auch von Mehrheiten getroffen.

— Die CDU stimmt der Denkschrift ausdrücklich zu, wenn sie darauf hinweist, daß der staatliche **Schutz der Grundrechte** erst dann seinen vollen Sinn erhält, wenn die Bürger ihr Leben aus freien Stücken daran orientieren. Sie weist z. B. auf das Problem hin, daß der grundrechtliche Schutz von Ehe und Familie seinen Sinn verliert, wenn in der Gesellschaft lebendige Ehen und Familien zur Ausnahme werden. Hier aber ist die Politik gefordert. Sie muß die Voraussetzungen schaffen, daß Familien existieren und sich entfalten können. Mit der Familienpolitik der CDU-geführten Bundesregierung wurde ein entscheidender Durchbruch für die Familie erzielt. Natürlich kommt es bei der Familienpolitik nicht nur auf die Finanzen an. Aber welchen Stellenwert Staat und Gesellschaft der Familie beimessen, erweist sich auch in konkreten steuer- und haushaltspolitischen Entscheidungen.

— Die Kritik der Denkschrift an manchen **Erscheinungsformen des Parteiensystems** werden alle demokratischen Parteien ernst zu nehmen haben. Die CDU ist bereit, Anregungen aus der Kritik zu entnehmen. Andererseits sind wir dankbar, daß die Denkschrift auf die verfassungsrechtlichen Aufgaben der Parteien hinweist. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, brauchen Parteien Geld, auch Spenden. Die Befürchtung der Denkschrift, dadurch entstehe politische Abhängigkeit von wirtschaftlich mächtigen Gruppen, trifft auf die CDU nicht zu. Volksparteien können nicht durch Spenden gekauft und bestochen werden. Wer dies behauptet, verkennt den komplexen Vorgang der politischen Willensbildung. Eine Volkspartei wie die CDU, deren Mitglieder aus allen Schichten der Bevölkerung kommen und die, um Mehrheiten zu erhalten, auf die Zustimmung breiter Kreise der Bevölkerung angewiesen ist, kann nie eine Politik im Interesse politisch und wirtschaftlich einflußreicher Gruppen machen.

— Die CDU stimmt der Aussage zu, daß die demokratische Ordnung lebensfähig, d. h. auch erfahrbar gehalten werden muß. Unsere Demokratie lebt von Eigenverantwortung, Selbsthilfe und dem freiwilligen Engagement seiner Bürger. Bürokratie und Unüberschaubarkeit des Gesetzes lähmen wichtige demokratische Kräfte. Deshalb tritt die CDU für einen Ab-

bau der Bürokratie und weniger Verwaltungsvorschriften ein. Deshalb bejahen wir eine möglichst starke kommunale Selbstverwaltung sowie den föderalistischen Aufbau unseres Staates. Deshalb fördern wir Eigenverantwortung, Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe. Sie sind notwendige Elemente einer lebendigen Demokratie, die wir durch unsere Politik zu stärken suchen.“

Unter der Überschrift „Der Staat des Grundgesetzes steht nicht zur Disposition“ nimmt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Staatsminister Albrecht Martin, vor allen Dingen zur theologischen Grundlegung der Denkschrift Stellung:

„Sich mit einer protestantischen Denkschrift zum Grundverhältnis des Christen zum Staat, die sich zudem der Rat der EKD ausdrücklich zu eigen gemacht hat, unmittelbar nach der Veröffentlichung kritisch auseinanderzusetzen, ist eigentlich etwas voreilig. Dies gilt um so mehr, als die Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie — Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“ entscheidende und in der Auseinandersetzung innerhalb der evangelischen Kirche keineswegs unumstrittene Fragen aufgreift. Denn im Grunde steht die Frage des **Verhältnisses des Christen zu diesem demokratischen Staat** hinter vielen Diskussionen, wie sie in den letzten Jahren innerhalb der Kirche und zwischen Kirche und Öffentlichkeit geführt wurden. Unter dem damit angedeuteten Vorbehalt sei eine erste und gewiß nicht erschöpfende Auseinandersetzung mit der jüngsten Denkschrift gewagt.

Wenn in der Öffentlichkeit hie und da unmittelbar nach Erscheinen der Denkschrift hervorgehoben wird, daß die Evangelische Kirche in Deutschland ein deutliches Ja zu unserem demokratischen Rechtsstaat ablege, so wird damit zwar eine wichtige Aussage festgehalten. Entscheidend scheint mir aber der in der Denkschrift unternommene Versuch zu sein, die uns als Angebot und Aufgabe gegebene demokratische Ordnung hinsichtlich ihrer Voraussetzungen theologisch zu begründen. Zwar wird, und das ist zweifellos deutlich hervorgehoben, betont, daß der christliche Glaube nicht mit einer bestimmten Staatsform und also auch nicht mit der freiheitlichen Demokratie identifiziert werden könne. Aber eine sehr **eindeutige Nähe von christlichem Glauben und demokratischer Ordnung** wird sehr zu Recht festgestellt. Begründet wird diese Nähe durch die Aussage, daß es der demokratischen Ordnung um den Schutz der Würde des Menschen geht und daß diese Würde des Menschen im Kern nichts anderes meint als das, was die Bibel vom Wert des Menschen als dem von Gott geliebten Geschöpf und von der Pflicht des Menschen,

in seinem Mitmenschen den Nächsten zu sehen, aussagt. Folgerichtig, und die Denkschrift führt das in wichtigen Einzelanmerkungen aus, muß sich der demokratische Staat daran messen lassen, ob und wie weit er diesem Auftrag, der Würde des Menschen zu dienen, gerecht wird.

Interessant ist weiter, daß die Denkschrift mit der Verknüpfung des reformatorischen Ansatzes vom Verständnis des Berufs des Menschen mit der **Pflicht, sich politisch zu engagieren**, eine weitere Verklammerung von Glaube und demokratischem Staat herstellt. Politisches Engagement in unserem Staat wird durch diese Verknüpfung mit dem hohen Rang versehen, den die Arbeit im Beruf in der Reformation gewonnen hat. Ganz nebenbei bemerkt sei, daß damit mindestens aus theologischer Sicht jede Wertunterscheidung zwischen Arbeit im Beruf im engeren Sinne und beispielsweise aller ehrenamtlichen Tätigkeit auch im politischen Bereich unmöglich wird. Denn ohne Zweifel muß alle Tätigkeit in dieser Welt, sowohl die im engeren Sinne berufliche als auch die im weitesten Sinne politische sich daran messen lassen, ob sie dem Gebot der Nächstenliebe entspricht; ob allerdings alles berufliche wie politische Tun mit der Begründung im Gebot der Nächstenliebe erschöpfend umschrieben ist, sei dahingestellt.

Wichtig ist weiter, daß die Denkschrift hervorhebt, daß **Christen auch in anderen als demokratischen Staatsformen ihre politische Verantwortung wahrnehmen können**. Wenn das richtig ist, und ich persönlich stimme dieser Feststellung zu, so ergeben sich daraus Konsequenzen nicht nur für die Beurteilung der politischen Verhältnisse in anderen Ländern der Welt heute, sondern auch für unser Bild von der Geschichte unserer Kirche in unserem eigenen Volk. Aufgrund dieser Denkschrift ist es nämlich dann verboten, zu vorschnellen Urteilen über das Verhältnis von Kirche und Staat in der Vergangenheit Deutschlands zu kommen. Ein nicht selten beachtetes selbstsicher erscheinendes Urteil über den „Obrigkeitsstaat lutherischer Prägung“ ist dann nicht mehr erlaubt. Um so deutlicher jedoch stellt sich die Frage nach dem Verhältnis des Christen zu einem und also auch zu ggf. seinem Staat, wenn dieser sich in den Dienst totalitärer Auffassungen stellt. Kann unter den Verhältnissen eines solchen Staates der Christ politische Verantwortung wahrnehmen?

Es wird wohl nur in einer ungleich distanzierteren Weise geschehen können, als es für uns im Staate des Grundgesetzes möglich, ja geboten ist. Eine intensivere Auseinandersetzung mit dieser Problematik hätte man sich in der Denkschrift gewünscht, auch wenn das Bemühen, auf die Lage der Christen in der DDR Rücksicht zu nehmen, selbstverständliche Grenzen setzt.

Vielleicht ist es in dem Bemühen, politisches Engagement des Christen wesentlich aus der lutherischen Lehre vom Beruf herzuleiten, und zugleich in der Sorge begründet, der Protestantismus könne der Versuchung bestimmter Obrigkeitsstrukturen erliegen, daß die in der Reformation gegebenen Ansätze von Machtbegrenzung des Staates durch das Ausbalancieren unterschiedlicher Kräfte in der Denkschrift kaum aufgegriffen werden. Auch bei Calvin finden sich höchst interessante Hinweise auf die durch unterschiedliche politische Kräfte gewährleistete Machtbalance. In diesem Zusammenhang ist weiter bedenkenwert, daß für die Reformatoren auch das Einbeziehen etwa des Eigennutzes einzelner politischer Kräfte in diesem System des Ausbalancierens von Macht offensichtlich nichts Anrühiges hatte. Dies auch in die Denkschrift einzubeziehen und damit auf die Fülle jener Traditionen hinzuweisen, die von der Reformation zum demokratischen Staat hinleiten, war bei dem überwiegenden Abstellen des politischen Engagements auf lutherische Denkansätze offenbar nicht möglich. Darum konnte die Denkschrift auch nicht auf die Tatsache eingehen, daß die Konzeption

der Sozialen Marktwirtschaft gerade die Tradition solcher reformatorischer Ansätze aufgegriffen hat.

Nachdem die Denkschrift in ihrem ersten Teil die Entscheidung für den demokratischen Staat als Chance und Aufgabe aus dem Ziel, Menschenwürde zu schützen, folgert, greift sie in einem dritten Teil Fragen auf, die heute von bestimmten Gruppen in unserer Gesellschaft und nicht zuletzt innerhalb der evangelischen Kirche angesichts der Probleme unserer Zeit an den demokratischen Staat gerichtet werden. Die Denkschrift versucht zwar, nicht nur der häufig vorgetragenen Begründung solcher kritischen Haltung gerecht zu werden. Sie versucht durchaus den Wert parlamentarisch-demokratischer Entscheidungsfindung bei solchen Fragen festzuhalten, wengleich eine gewisse Sympathie mit plebiszitären Strukturen kaum zu übersehen ist. Daher ist es wohl erlaubt zu fragen, ob es der Intention der Denkschrift dient, daß kaum deutlich wird, wie stark die von bestimmten Gruppen vorgetragene und praktizierte Kritik an der demokratischen Ordnung die Grundlagen der freiheitlichen Demokratie infrage stellt.

Es gehört zwar zum Wesen des demokratischen Staates, daß er der Kritik breiten Raum gewährt bis hin zu einer prinzipiellen Infragestellung. Aber die Frage ist doch erlaubt, ob man der Problematik einer „begrenzten Verletzung der staatlichen Ordnung“ als „zeichenhafte Handlungen“ gerecht wird durch den Hinweis, daß solche Handlungen den „dafür vorgesehenen Sanktionen unterliegen“. In der Unterscheidung von „formaler Legitimität“ und dem, was der einzelne für „ethisch illegitim“ hält, liegt nicht nur politischer Sprengstoff, sondern hier stellt sich die Frage nach dem Verhältnis des evangelischen Christen zur freiheitlichen Demokratie erneut und sehr grundsätzlich.

Diese und andere entscheidende Fragen weiter zu diskutieren, regt die Denkschrift an. Es ist zu hoffen, daß die Diskussion in den Gemeinden mit Ernst und mit der Bereitschaft zum Dialog aufgegriffen und weitergeführt wird, nachdem die Denkschrift eins unmißverständlich herausgestellt hat: **Die freiheitliche demokratische Ordnung des Grundgesetzes steht für evangelische Christen nicht zur Disposition.**

Dr. Gerhard Schröder zu Ehren

Albrecht Martin



Der EAK-Bundesvorsitzende, Staatsminister Albrecht Martin und der Jubilar, Bundesminister a.D. Dr. Gerhard Schröder.

Aus Anlaß des 75. Geburtstages des Ehrenvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bundesminister a.D. Dr. Gerhard Schröder, hielt der EAK-Bundesvorsitzende und Minister für Bundesangelegenheiten, Albrecht Martin, nachfolgende Rede.

Zunächst möchte ich Ihnen allen sehr herzlich danken, daß Sie meiner Einladung gefolgt sind, um den Ehrenvorsitzenden des EAK, Herrn Bundesminister a.D. Dr. Gerhard Schröder, zusammen mit dem Bundesvorstand des EAK der CDU/CSU zum 75. Geburtstag zu gratulieren.

Wir gratulieren Ihnen, verehrter Herr Dr. Schröder, mit den besten Wünschen für Ihr ferneres Wohlergehen und mit herzlichem Dank für alles, was Sie für unser Vaterland, für die Christlich Demokratische Union und für den EAK der beiden Unionsparteien geleistet haben.

Staatsmann und Parteipolitiker

Ich selbst wäre überfordert, und es würde jeden zeitlichen Rahmen sprengen, wollte ich den Versuch machen, Ihr Schaffen auf den verschiedenen Gebieten nach-

zuzeichnen. Da ist die Zeit, in der Sie als Bundesminister tätig waren, als Sie sich um eine funktionsgerechte Notstandsgesetzgebung bemühten und in der man die Kraft fand, radikale Parteien zu verbieten. Von 1961 – 66 waren Sie Bundesaußenminister, eine Zeit, die man wohl kaum mit wenigen Strichen skizzieren kann. Aber wie man erfolgreich um außenpolitische Bewegungsspielräume für die Bundesrepublik ringen kann, ohne eigene Rechtspositionen aufs Spiel zu setzen oder gar zu räumen, das haben Sie beispielhaft gezeigt. Und nach diesen Grundsätzen haben Sie später als Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses als Politiker der Opposition Einfluß auf die Außenpolitik der Bundesrepublik genommen. Von 1966 – 69 waren Sie dann Verteidigungsminister. Sie übernahmen die Verantwortung für die Bundeswehr in schwieriger Zeit, und ich erinnere mich an Ihre gelegentliche Äußerung, daß es gut sei, daß die Bundeswehr nicht mehr Schlagzeilen mache. Es kam Ihnen nie auf den lauten Beifall an, sondern immer auf den Erfolg für die Sache.

Sie haben durch Jahrzehnte im Präsidium und im Bundesvorstand unserer Partei mitgearbeitet und durch Ihren Rat diese Partei mitgeprägt.

So sehr Sie in der Erinnerung vieler wohl in erster Linie als der bedeutende Außenpolitiker leben – für uns, die Mitglieder des EAK der Unionsparteien, sind Sie der Vorsitzende unseres Arbeitskreises und heute der verehrte Ehrevorsitzende. Von 1955–78 haben Sie diesen EAK geleitet, haben seine Arbeit geprägt und mit ihr sein Bild in der Öffentlichkeit, ja man hat diesen EAK weitgehend mit Ihnen identifiziert. Das bedeutet für uns alle eine hohe Verpflichtung und läßt uns nach den Voraussetzungen und Zielen unserer Arbeit fragen.

Protestant in der Union

Wenn ich eben einige der Aufgaben genannt habe, denen Sie sich während der Jahrzehnte Ihres Politikerlebens gewidmet haben, so ist damit schon Entscheidendes über Ihr Verständnis von der Arbeit des EAK gesagt. Um es gleich vorwegzunehmen: der EAK war für Sie nie Hausmacht, war nicht politische Gliederung innerhalb der Partei, auf die man sich hätte berufen können, um in Partei oder Staat wichtige Positionen einzufordern. Das schloß freilich nicht aus den Hinweis darauf, daß sich in der Union die evangelischen Mitglieder auch personell müßten wiederfinden können; diese Forderung galt in der Vergangenheit, wie sie in der Gegenwart gilt; nicht im Sinne kleinlichen Proporzdenkens, sondern um des im Programm der Unionsparteien formulierten Ausspruchs willen, daß in diesen Parteien Christen aller Konfessionen gemeinsam nach politischen Lösungen suchen wollten. Konrad Adenauer hat einmal gemeint, die evangelischen Christen, die in der Union mit Katholiken zusammenarbeiteten, brauchten bei manchen Entscheidungen eine eigene Begründung. Das ist gewiß richtig, aber doch nur eine Teilantwort. Protestanten stellen angesichts der politischen Probleme unserer Zeit auch andere Fragen.

Und sie tun das aufgrund der theologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in ganz anderer Weise als in ihrer eigenen Geschichte. Stand darum in den Anfängen die Aufgabe im Vordergrund, Ansätze und Ergebnisse protestantischen Denkens in die politischen Programme und Entscheidungen der Unionsparteien einfließen zu lassen, so wurde es im Laufe der Zeit immer wichtiger, die Erfahrung des politisch-verantwortlichen evangelischen Christen in die innerkirchliche Diskussion einzubringen. Wie dringend notwendig, aber auch wie schwer diese Aufgabe zu bewältigen ist, das lehrt z. B. ein Gang über den „Markt der Möglichkeiten“ während des Kirchentages.

Der Christ in der Welt

Für Protestanten war das Verhältnis zum Staat, auch zur bewaffneten Macht, durch Jahrzehnte hindurch unproblematisch, vor-

ausgesetzt, daß Staat und bewaffnete Macht in ihrem Handeln bestimmten sittlichen Grundsätzen entsprachen. Aber wie sollten Protestanten zu diesem Staat der Bundesrepublik ein positives Verhältnis finden, wenn man in unserer Kirche von der „Gnade der Stunde Null“ redete, wenn grundsätzlich jede bewaffnete Sicherung von Frieden in Freiheit abgelehnt wurde. Dahinter stand die uralte Frage nach dem verantwortlichen Handeln der Christen in der Welt: wie kann der Christ, der im Glauben einer neuen Welt angehört, das in dieser Welt zeugnishaft verwirklichen? Mir sind, sehr verehrter Herr Dr. Schröder, Ihr Reden und Handeln gültige Antworten auf diese Frage gewesen. Die nüchterne Analyse der Lage und der sie bestimmenden Kräfte, die Bereitschaft zu neuen Wegen, ohne darum den Bruch mit lebendigen Wurzeln unseres Volkes zu riskieren, die Fähigkeit, in großen Zeiträumen zu denken und nicht einer aufgeregten Kurzatmigkeit anheimzufallen, all das sind Früchte der Freiheit eines Christenmenschen. Sie haben das vorgelebt und in bedeutenden Reden und Diskussionsbeiträgen untermauert. Sie selbst mußten, und der EAK muß heute, sich mit der Tatsache auseinandersetzen, daß es innerhalb unserer Kirche Strömungen gibt, die aus der Freiheit eines Christenmenschen nun ganz anderes folgern: da werden die erkennbaren Fakten und die geschichtliche Erfahrung beiseite gewischt durch die Vorwegnahme einer von Gott verheißenen Zukunft. Daß solche Vergegenwärtigung der Eschatologie allzu leicht zu höchst gefährlichen Vereinfachungen der in Wirklichkeit höchst komplexen Verhältnisse führt, sollte zu denken geben. Jede Ihrer politischen Entscheidungen wurde zur Widerlegung der Behauptung, man müsse Erfahrung beiseite schieben, um das Neue wagen zu können. Ich meine, daß Ihre auch vom politischen Gegner nie bezweifelte Kompetenz nicht nur in einem reichen Wissen, sondern auch in jener grundsätzlichen Glaubensüberzeugung wurzelt. Die Bundestagungen des EAK wurden durch Sie zu weithin beachteten Formen des Ringens um die geistige Orientierung einer Politik aus christlicher Verantwortung. Das schloß schon damals ein – und diese Aufgabe ist heute vielleicht noch wichtiger geworden – das schließt also ein die Diskussion um die theologischen Grundlagen der verschiedenen innerhalb unserer Kirche vertretenen politischen Positionen.

Aufgaben des EAK

Sie haben, verehrter Herr Dr. Schröder, nie verleugnet, daß der EAK eine Gliederung innerhalb der Unionsparteien ist und durch sein Wirken auch einen Beitrag zum politischen Erfolg der Union leistet. Das gilt selbstverständlich auch heute. Aber damit ist nicht alles gesagt. Wir haben, wie in der Vergangenheit, so auch heute, in unserer



Der Ehrevorsitzende des EAK, Bundesminister a. D. Dr. Gerhard Schröder.

Kirche immer wieder darauf hinzuweisen, daß es vom evangelischen Selbstverständnis her verboten ist, die einzelne politische Entscheidung als unmittelbares Glaubensgebot gleichsam zu dogmatisieren. Wir verlieren damit nicht nur das Erbe der Reformation, sondern auch die Fähigkeit zu realistischem, berechenbarem und zugleich flexiblerem politischen Handeln.

So haben Sie – in der Tradition von Hermann Ehlers – in Ihrem Leben verdeutlicht, daß ein Christ in den beiden Reichen steht: er weiß, daß diese Welt unter Gottes Herrschaft steht, aber wir nicht im Paradies leben; er weiß, daß er das Reich Gottes auf dieser Welt nicht verwirklichen wird, daß er aber in dieser Welt nur wirken kann im Wissen darum, daß Gottes Reich das Ziel des Weges Gottes mit uns ist. Dafür danken wir Ihnen ganz herzlich.

Mein Glückwunsch an Sie, verehrter Herr Dr. Schröder, wäre Stückwerk, wenn ich nicht Sie, hochverehrte Frau Schröder, in meine guten Wünsche mit einbezöge. Sie sind durch all die Jahrzehnte schwerster Belastungen hindurch die Begleiterin Ihres Mannes gewesen, haben die Stunden des Erfolges und der Enttäuschungen mit ihm getragen, Sie gehörten auch bei den Bundestagungen des EAK ganz selbstverständlich mit dazu. Sie haben selbst wichtige Aufgaben wahrgenommen:

1963 gründeten Sie den Frauen- und Familiendienst im Auswärtigen Amt und 1969 die Evangelische Krankenhaushilfe.

So wünschen wir Ihnen noch viele Jahre einer glücklichen Gemeinsamkeit und hoffen sehr, daß Sie, sehr verehrter Herr Dr. Schröder, noch lange Jahre gesund unter uns sein werden und uns mit Ihrem Rat helfen.

Wir wünschen Ihnen Gottes Segen.

Bundeswehr hilft Hungernden in Afrika

Klaus-Jürgen Hedrich

Anfang Oktober nimmt die Bundesluftwaffe aufgrund des erneuten Hilferufs der äthiopischen Regierung ihre Hilfsflüge in Äthiopien mit zwei Transall-Maschinen wieder auf.

Angesichts der von Hungersnot und Dürre betroffenen Völker Afrikas muß es für die Bundesrepublik Deutschland Verpflichtung sein, den Menschen dort zu helfen. Humanitäre Hilfeleistungen im Ausland sind deshalb Teil der deutschen Regierungspolitik. Dies entspricht dem Grundsatz unserer Politik von Solidarität für Menschen in Not – ohne Rücksicht auf politische Systeme, in denen sie leben.

Afrika ist leider in großen Bereichen auch heute noch Kontinent des Hungers, scheinbar unaufhaltbarer Bevölkerungsexplosion und extremer Unterentwicklung. Es bedarf deshalb unserer praktischen Hilfe mehr als der Erteilung guter Ratschläge.

Eingesetzt wird für diese Hilfe zu einem großen Teil die Bundeswehr. Die jüngsten und bekanntesten Hilfeinsätze der Bundeswehr wurden und werden im Sudan und in Äthiopien zugunsten der hungernden Bevölkerung durchgeführt.

Nach Bekanntwerden des Ausmaßes der Hungersnot und des Flüchtlingselends in Äthiopien ordnete die Bundesregierung den Einsatz von Transportflugzeugen der Luftwaffe an. Mit Zustimmung der äthiopischen Regierung flogen Transall C-160 Maschinen seit Anfang November 1984 Hilfsgüter in die Katastrophengebiete. Die zunächst bis Ende August befristeten Einsätze werden derzeit wieder aufgenommen. Die Luftwaffen-Transall werden vorrangig zum „air dropping“ eingesetzt, das heißt zum Absetzen von Hilfsgütern aus der Luft in unzugänglichen Regionen. In 1109 Einsätzen mit 2514 Flugstunden wurden 7759 Tonnen Fracht transportiert und rund 2000 Tonnen abgeworfen. Insgesamt sind von der Bundesrepublik Deutschland nach Äthiopien 11000 Tonnen Hilfsgüter transportiert worden.

Ende Mai 1985 hat sich die Lage im Sudan durch die anhaltenden Flüchtlingsströme aus Äthiopien und dem Tschad verschlechtert. Die Bundesregierung entschloß sich auch hier zu Nahrungsmitteltransporten. Seit Juni dieses Jahres wurden hier in 127 Einsätzen 1423 Tonnen Hilfsgüter geflogen.

Wesentliches Problem vieler Länder der Dritten Welt ist mangelnde Infrastruktur im Verkehrs- und Fernmeldebereich. Deshalb hilft die Bundesregierung durch die Bundeswehr seit 1962 einer Reihe von Ländern. So ist mit den Regierungen Kenias und Tunesiens vereinbart worden, auch dort „Friedens- und Facharbeiter in Uniform“ in den Bereichen Hoch- und Tiefbau und Sanitäts- und Fernmeldewesen einzusetzen. Zu den Aufgaben unserer insgesamt 50 Soldaten in neun Ländern zählen Wartung und Instandsetzung von Kraftfahrzeugen, Ersatzteilbevorratung und Fahrunterweisung. Im Sudan wird mit Unterstützung der Bundeswehr ein Ausbildungszentrum für 300 Handwerkerlehrlinge betrieben. Die Fachkräfte in Uniform leben mit ihren Familien vor Ort und sind unter den dortigen klimatischen Bedingungen durch praktische Hilfe sichtbar handelnde „Botschafter“ unseres Landes und unserer jungen Bundeswehr in der Dritten Welt.

Anm.: Der Autor dieses Beitrages ist Mitglied des Deutschen Bundestages und gehört dem EAK-Bundesvorstand an.

Aus unserer Arbeit

Offenes Forum von EAK und JU

Oldenburg. Als „absolut gelungen, präzise, konkret und sachkundig“ bezeichnete **Eberhard Maseberg**, Chefredakteur des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes“, in seinen kritischen Schlußbemerkungen das offene Diskussionsforum, zu dem EAK und JU am 14. September nach Oldenburg eingeladen hatten.

In drei Themenbereichen, „Wirtschaften und Arbeiten“, „Familie, Freizeit, Lebensformen“, „Überfluß, Mangel, Ausgleich“, stellten sich Bundes- und Landespolitiker

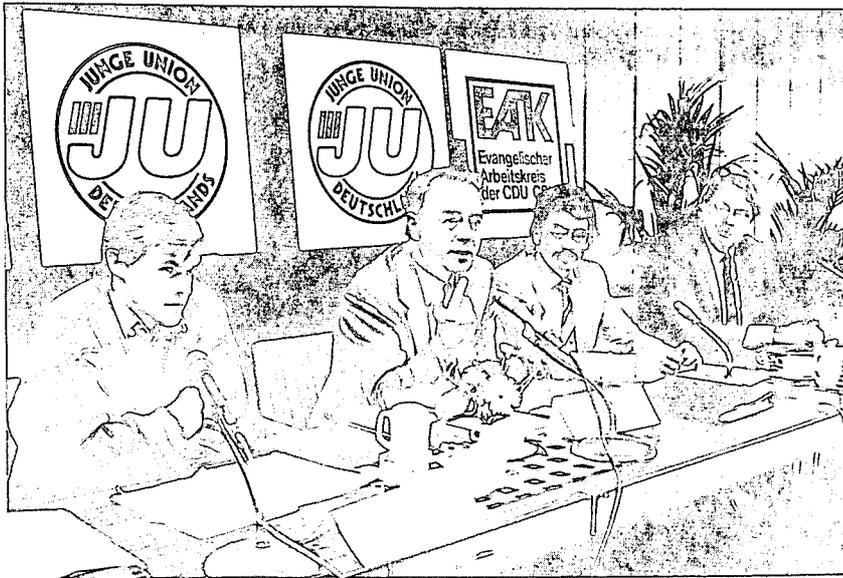
der Union, an der Spitze Ministerpräsident **Ernst Albrecht**, den Fragen des Publikums.

Eindeutig und sehr engagiert nahm der Ministerpräsident Stellung zum Problem der Arbeitslosigkeit, das seiner Ansicht nach auch Teile der Bonner Regierungskoalition zu optimistisch sähen und das kurzfristig sicher nicht zu lösen sei. Eine der Hauptursachen des gewaltigen Beschäftigungsproblems sieht Ernst Albrecht in der „mikroelektronischen Revolution“. Roboter machen unsere Arbeit besser, preiswerter und verlässlicher. Als Folge verlieren mehr und mehr Menschen ihren

Arbeitsplatz. Dieser Herausforderung müsse man mit besserer und anderer Qualifikation der Arbeitnehmer begegnen.

Die Bewältigung der Arbeitslosigkeit sei aber auch eine Frage der Solidarität und damit ein echtes christlich – demokratisches Thema.

Wo trotz anhaltendem Wirtschaftswachstum keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden können, müsse der Arbeitnehmer auch bereit sein, Arbeit zu teilen. Einen entsprechenden Appell richtete der Ministerpräsident mit besonderem Nachdruck an die jugendlichen Berufsanfänger.



In Oldenburg diskutierten u. a.: Der Landesvorsitzende der JU Niedersachsen, Gunther von Mirbach, Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht, der EAK-Bundesgeschäftsführer, Erhard Hackler, Staatssekretär Prof. Dr. Johann Diedrich Hellwege (v. lks. n. re.)

Copyright Michael Nath

Darüber hinaus stellte Ernst Albrecht zur Diskussion, ob wir nicht einen neuen Begriff der Arbeit brauchen, ob wir Arbeit weiterhin nur als bezahlte Arbeit definieren dürfen. Schließlich seien ehrenamtliche Aufgaben im Verein oder in der Gemeinde auch Arbeit, sogar eminent wichtige gesellschaftliche Arbeit.

Der niedersächsische Kultusminister, **Georg-Berndt Oschatz**, setzte sich im Hinblick auf die Lehrerarbeitslosigkeit für eine vorübergehende Flexibilisierung des Beamtenrechtes ein, um Teilzeitarbeit auch in diesem Bereich verstärkt zu ermöglichen.

In einer weiteren Diskussionsrunde äußerte der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, **Volkmar Köhler**, Kritik an der Auffassung der Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die Bundesregierung dürfe mit Regierungen in der Dritten Welt keinen Dialog über Grundsätze der Entwicklungspolitik führen.

Wenn eine Regierung die Rahmenbedingungen für ihre Entwicklungshilfe verbessere, dann müsse die Bundesregierung ihre Hilfe verstärken. Wo dies nicht der Fall sei, müsse man zurücktreten. Auf jeden Fall müsse man „mit diesen Regierungen einen intensiven Dialog über die Grundsätze ihrer Entwicklungspolitik führen“.

Köhler wandte sich gegen die Auffassung der Kammer, einen solchen Dialog könne es „nur unter Gleichen“ geben und die Bundesregierung gehöre nun einmal zu den „Starken und Reichen“ und die anderen seien die „Armen und Schwachen“.

Die Beziehungen zur Dritten Welt hätten immer zwei Seiten, nämlich die Mensch-

lichkeit und die Brüderlichkeit auf der einen Seite und die andere politische Seite, in der es um nüchterne Fragen wie etwa des Interessenabgleichs gehe. Es dürfe keine Entwicklungspolitik geben, die auch „nur den Schein von Hartherzigkeit“ an sich habe. Aber es dürfe auch keine Brüderlichkeit geben, die meine, realistische Fragen mit einem Federstrich von dem Tisch wischen zu können. Diese Fragen seien täglich neu in Einzelentscheidungen zu beantworten, „auch für den Pastor, der darüber am Sonntag predigt“.

Ministerpräsident Ernst Albrecht betonte, in der evangelischen Kirche gebe es „ein hohes Maß an Schwärmertum“. Das Herz fließe über und die Gesinnung sei ganz rein, aber „die Kenntnis der Wirklichkeit dieser Welt ist katastrophal“. Wer glaube, er könne die Strukturen dieser Welt mißachten und durch seinen „reinen Willen“ und sein „reines Wollen“ überspielen, der schaffe nur das Böse auf Erden und nicht das Gute. Er sehe es als Aufgabe an, die „Reinheit des Herzens zu verbinden mit einer maximalen Anstrengung Weltkenntnis zu haben“.

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, Staatsminister **Albrecht Martin**, warnte davor, „die Gebote der Bibel einfach in politische Anweisungen umzuwandeln und aus der Bibel Rezepte zu machen“. Christliches Handeln, beispielsweise in der Entwicklungshilfe müsse auf die Zukunft gerichtet sein. Man müsse den Hungernden in Afrika so helfen, daß nicht dadurch den einheimischen Bauern ein Schaden entstehe.

Am Ende der fünfstündigen Diskussion standen das Kompliment von Eberhard Maseberg für die gelungene Form einer

Selbstdarstellung der Union und der Dank von Ministerpräsident Ernst Albrecht an Teilnehmer und Veranstalter für das offene und nachdenkliche Gespräch.

Kirche nicht mit Partei verwechseln

Heidelberg. Das „Verhältnis zwischen Kirche und Politik“, war das Thema eines Pressegesprächs und eines Vortragsabends, zu denen der Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Heidelberg eingeladen hatte. Als Gastreferent trat dabei der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Erhard Hackler**, auf, der von Stadträtin Dr. **Wanda von Baeyer-Katte** im Namen des EAK-Vorstandes Heidelberg begrüßt wurde. Dabei ging Dr. von Baeyer-Katte auf die Aufgaben des Arbeitskreises ein und beleuchtete einige Aspekte, durch die die Wechselbeziehung zwischen Kirche und Politik ins rechte Licht gerückt wurde. Die Kirche dürfe keine politischen Entscheidungen treffen, sie könne allenfalls Maßstäbe setzen, an denen sich der Politiker bei seinen Entscheidungen orientieren müsse, wie CDU-Kreisvorsitzender Dr. **Karl A. Lamers** ergänzend hervorhob.

Die Kirche dürfe nicht mit dem Absolutheitswert auftreten und tagespolitische Sachentscheidungen aus dem Evangelium ableiten, so Dr. Lamers, der den Geistlichen eine politische Betätigung nicht absprechen möchte, der aber entschieden gegen eine „Politik von der Kanzel herab“ zu Felde zog. Pfarrer, die ihre Position zu tagespolitischen Fragen kundtun möchten, sollten sich am „richtigen Ort“ zu Worte melden.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist nach Darstellung des Bundesgeschäftsführers „ein wesentliches Standbein der beiden großen Volksparteien und Hefe im Teig der Union“; er hat in den 33 Jahren seiner Existenz aber stets seine eigene Meinung vertreten und immer eine eigenständige Position bezogen, wie beispielsweise in der Friedenspolitik, über die in der evangelischen Kirche bereits diskutiert wurde, bevor es noch die Friedensbewegung gegeben hat.

Die Kirche hat nach EAK-Vorstandsmitglied **Heinz Reutlinger** nicht das Recht, sich in Sachen des Staates einzumischen; es gibt auch ethische Fragen, die in der Kirche behandelt werden können. Genauso wie die anderen Vorstandsmitglieder wandte sich Reutlinger gegen „fanatische Gruppen“, die die Kirche für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele zu mißbrauchen suchen. In diesem Zusammenhang wurde von Erhard Hackler der Landesbischof Dr. Eduard Lohse mit den Worten zitiert: „Wer in der Kirche die eigene politische Gesinnung wichtiger nimmt als das Evangelium von Jesus Christus, verwechselt Glaube mit Ideologie und die Kirche mit einer Partei.“

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Dr. h.c. Kai-Uwe von Hassel, Bundestagspräsident a. D.; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Staatsminister Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Erhard Hackler, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon: (0228) 54 43 05/6 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM, Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf 1 • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

5931*0100-003896

17/ 10

BLECKMANN, HANS
FROEBELSTR. 11

2080 PINNEBERG-THESDORF

\$\$\$

EAK der CDU/CSU • Friedrich-Ebert-Allee 73-75 • 5300 Bonn
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt

Personen und Persönliches

Kieler CDU-Fraktionschef in nordelbische Synode berufen

Kiel (epd). Die Leitung der nordelbischen evangelischen Kirche hat den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag, **Heiko Hoffmann**, in die nordelbische Synode berufen. Der 50jährige ehemalige Oberregierungsrat aus Bad Schwartau gehört zu den insgesamt zwölf Kandidaten, die von der Kirchenleitung in das Kirchenparlament berufen wurden.

Wie die kirchliche Pressestelle in Kiel weiter mitteilte, wird auch der Befehlshaber der Flotte der Bundesmarine, Vizeadmiral Hans Joachim Mann (Glücksburg), der Landessynode angehören. Neuling als Synodaler ist ebenfalls der Fernsehprogrammleiter des Norddeutschen Rundfunks, Rolf Seelmann-Eggebert (Hamburg). Das neugewählte Kirchenparlament mit seinen 142 Mitgliedern ist vom 29. September bis 1. Oktober zu seiner konstituierenden Sitzung in Rendsburg zusammenzutreten.

Mit Hoffmann zieht ein zweiter Landtagsabgeordneter in die Synode ein. Bereits vor drei Monaten war der SPD-Parlamentarier Alfred Schulz aus Reinbek von der Synode des Kirchenkreises Stormarn in die Synode gewählt worden. Der 57jährige ehemalige Oberstudiendirektor ist Vorsitzender des Gesprächskreises „Kirche und SPD“ in Schleswig-Holstein.

Wer ist der schnellste Bischof?

Prominenter Beteiligung erfreute sich der zweite „Ökumenische Pfarrerlauf“ für haupt- und ehrenamtliche Kirchenmitarbeiter in Gießen. Der 54jährige Präsident der hessen-nassauischen Kirche, Helmut Spengler (Darmstadt), zeigte sich sportlich fit und schaffte die zehn Kilometer-Strecke



in 48 Minuten und 35 Sekunden als Vierter seiner Altersklasse. 45 Teilnehmer – darunter fünf Frauen – starteten zu den Läufen über drei, fünf und zehn Kilometer. Dabei war die katholische Seite mit fünf Startern deutlich in der Minderzahl. Den Sieg über zehn Kilometer errang der Pfarrerssohn Christof Blum aus Pohlheim bei Gießen, der auch Deutscher Jugendmeister über die 5000-Meter-Distanz ist. Bester „Hauptamtlicher“ war Vikar Klaus Neumeister aus Büdingen.

Zeugnis gegen Selbstzerstörung

Wie Spengler nach dem Wettkampf sagte, mache ihm das Laufen großen Spaß. Er versuche, zweimal in der Woche zu laufen oder zu schwimmen. Mit dem Pfarrerlauf, der in diesem Jahr von der (katholischen) Gießener Kolpingfamilie veranstaltet wurde, wolle man ein „kirchliches Zeugnis gegen die Selbstzerstörung des Menschen“ durch übermäßigen Alkohol- und Fernsehkonsum geben. Pfarrer und Pfarrerinnen sollten sich – so Spengler – Zeit zum Ausgleichssport nehmen. Man könne dabei die „Freude an der Schöpfung Gottes“ erfahren.

Neuer Geschäftsführer der Zentralstelle für Entwicklungshilfe

Bonn (epd). Zu ihrem neuen Geschäftsführer hat die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE) den Leiter ihres

Bereichs „Programmdurchführung“, **Hartmut Bauer**, ernannt. Wie die Zentralstelle in Bonn mitteilte, tritt der 43jährige Bauer im Januar 1986 die Nachfolge von Klaus Poser an, der als Direktor der Abteilung für zwischenkirchliche Hilfe zum Ökumenischen Rat der Kirchen nach Genf geht. Bauer gehört der EZE seit 1973 an und arbeitete zuletzt als stellvertretender Geschäftsführer an der Neugestaltung der Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das die Zentralstelle hauptsächlich finanziert. Nach dem Studium der Volkswirtschaft in Berlin und Freiburg war er Mitarbeiter des Instituts für Entwicklungspolitik der Universität Freiburg und gehörte dem Planungstab des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft an.

Oberbürgermeister wird Direktor des Evangelischen Oberkirchenrats

Stuttgart (idea). Der Oberbürgermeister von Backnang, **Martin Dietrich**, wird neuer Direktor im Evangelischen Oberkirchenrat in Stuttgart, dem Leitungsgremium der württembergischen Landeskirche. Sein neues Amt, mit dem die juristische Stellvertretung des württembergischen Landesbischofs D. Hans von Keler verbunden ist, wird Dietrich zum 1. August 1986 antreten. Dietrich wird Nachfolger von Dr. Karl Dummler, der nach 33jähriger Tätigkeit im Oberkirchenrat und sechsjährigem Wirken als Direktor 1986 in den Ruhestand geht. Martin Dietrich ist seit langem kirchlich stark engagiert: So gehört er seit 1965 der württembergischen Landessynode an. In drei Legislaturperioden war er erster stellvertretender Synodalpräsident. Er gehört der synodalen Mitte-Gruppe „Evangelium und Kirche“ an. Bei den letzten württembergischen Kirchenwahlen 1983 erhielt Dietrich in seinem Bezirk 21 495 Stimmen und war damit einer der „Stimmenkönige“ unter den in Direktwahl gewählten Synodalen.